

Wilhelm Krull

Zur Lage der Forschung in Deutschland*

Herr Ministerpräsident Rüttgers,
Herr Präsident Kempen,
Magnifizienz Piper,
verehrte Festgäste,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Zur Lage der Forschung in Deutschland“ – das ist ein großer Titel für einen Vortrag, ein Titel der nach „Rede zur Lage der Nation“ klingt, was derzeit wenig gute Neuigkeiten verspricht. Bestenfalls nach dem Motto: „Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos.“

Angesichts der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mutet dieser altbekannte Satz schon fast wie eine frivol-optimistische Feststellung aus längst vergangenen Zeiten an. Wenn eine Krisen- und Katastrophenmeldung die andere jagt, wenn immer mehr gesellschaftliche Teilbereiche in den Abwärtssog hineingezogen werden, dürfte es selbst manch unerschütterlichem Optimisten schwer fallen, Zuversicht zu verbreiten und mit Mut und Entschlossenheit Wege aus der Krise aufzuzeigen. Wenn selbst die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung in ihrer gestrigen Ausgabe (Nr. 13D, 29.3.2009) auf ihrer ersten Seite und zu Beginn des Wirtschaftsteils die Frage aufwirft: „Ist der Kapitalismus noch zeitgemäß?“, dann spätestens müssen alle Alarmglocken läuten.

Gerade Krisen- und Umbruchzeiten bieten aber auch die Chance, genauer hinzuschauen und gründlich zu analysieren, warum etwas nicht funktioniert hat, die Dinge anders zu sehen und neu zu bewerten, Handlungsoptionen auszuloten und Hoffnungszeichen zu setzen. Insbesondere dazu möchte ich Sie im Folgenden – freilich nur zum Thema „Wissenschaft und Forschung“ - einladen, nämlich die derzeitige Situation in Deutschland und darüber hinaus – sowohl zeitlich als auch räumlich - nä-

* Festvortrag anlässlich der Jahrestagung des Deutschen Hochschulverbandes am 30. März 2009 in Düsseldorf.

her in Augenschein zu nehmen, überkommene Ansprüche und Glaubenssätze zu hinterfragen und weiter reichende forschungspolitische Perspektiven zu erörtern.

Von dem Philosophen Ludwig Wittgenstein stammt der Satz (der übrigens seinerzeit keineswegs als rhetorischer Ratschlag für Berufspolitiker gemeint war): „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.“ (Tractatus logico-philosophicus, letzter Satz, S. 115) Wittgenstein verband damit die Aufforderung, sich nur über solche Sachverhalte zu äußern, über die wir klare Aussagen machen können. Zwar möchte auch ich Ihnen ein möglichst klares Bild von der Lage der Forschung in Deutschland vermitteln – und allein dies zu erreichen, wäre angesichts der Komplexität und Unübersichtlichkeit des Gegenstands schon ein hochgestecktes Ziel. Ich möchte es aber – in einer Art Umkehrung des Wittgensteinschen Satzes – darüber hinaus sogar noch wagen, den Gegenstand meiner Rede wie folgt zu erweitern:

- *Wer von Forschung spricht, der kann von der Lehre und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht schweigen.*
- *Wer von der deutschen Forschungslandschaft spricht, der muss zumindest auch Europa in den Blick nehmen.*
- *Wer von forschungsbasiertem Fortschritt spricht, der darf die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften nicht außer Acht lassen.*

I. Das Unvermeidliche: Zahlen, Daten, Fakten

Ob Sie die Informationen und Einschätzungen, die ich heute vortragen möchte, als gute oder schlechte Nachrichten einstufen, wird wohl von Ihrer eigenen Bewertung der Lage der Forschung in Deutschland und im übrigen Europa abhängen. Doch wie bewertet und beschreibt man diese Lage? Welche Indikatoren geben verlässlich über sie Auskunft? Zählt man Nobelpreise oder *Nature*-Veröffentlichungen? Zieht man Ratings und Rankings zu Rate? Inwieweit reicht das, was uns die immer beliebter werdenden Kennzahlen sagen, über Feststellungen über „good or bad housekeeping“ hinaus? Blickt man auf Rahmenbedingungen oder Resultate? Spricht man von Einsparspiralen oder Erkenntnisgewinnen?

In Zeiten, in denen vieles ungewiss scheint und dennoch alles berechnet und vermessen wird, ist es beinahe unvermeidlich, einen Lagebericht zur Forschung in Deutschland zumindest mit ein paar Zahlen, Daten und Fakten zu beginnen. Zahlen- und Datenmaterial in Hülle und Fülle findet sich in dem über 600 Seiten starken, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung herausgegebenen Bundesbericht Forschung und Innovation 2008 (den ich Ihnen aber – und da hoffe ich auf Ihre Dankbarkeit - nun doch nicht zur Gänze vorlesen möchte). Dort erfährt man, wer in Deutschland Forschung finanziert, wohin die Forschungsmittel fließen und wieviel Geld der Staat für Forschung zur Verfügung stellt. Unterschieden wird dabei zwischen Wissenschaftsausgaben im Allgemeinen und Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Besonderen.

Die so genannten **Wissenschaftsausgaben** umfassen nicht nur die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sondern auch die Ausgaben für wissenschaftliche Ausbildung und Lehre. Im Jahr 2005 betragen die gesamten Wissenschaftsausgaben der Bundesrepublik Deutschland gut 72,1 Mrd. Euro, von denen ca. 55% von der Wirtschaft und 45% vom öffentlichen Sektor getragen wurden. Der Anteil der Länder an den Wissenschaftsausgaben der öffentlichen Haushalte bewegt sich seit Mitte der 1990er Jahre auf einem Niveau von gut 60%. Die Wissenschaftsausgaben der Länder kommen zum größten Teil den Hochschulen zugute (2005: 87%), die des Bundes den außeruniversitären Forschungseinrichtungen (2005: 81%).

In Abgrenzung zu den Wissenschaftsausgaben, die auch die Ausgaben für wissenschaftliche Lehre und Ausbildung umfassen, sind die **FuE-Ausgaben**, wie es im Bericht des Ministeriums heißt, *„rein auf die Finanzierung systematischer, schöpferischer Arbeit zur Erweiterung des vorhandenen Wissens, einschließlich des Wissens über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft sowie die Verwendung dieses Wissens mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden, beschränkt.“*

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland werden zu 70% von der Wirtschaft getragen. Seit den 1980er Jahren ist der Anteil der Wirtschaft an den FuE-Ausgaben stetig gestiegen (obwohl auch dort ein Wandel in der Einstellung zu FuE vom wohlgehüteten „Asset“ zum „Kostenblock“ stattgefunden hat). In den zwei Jahrzehnten zwischen 1981 und 2001 haben sich die FuE-Ausgaben der Wirtschaft

verdreifacht, die des Staates hingegen nur knapp verdoppelt. Dieser Trend, steigende FuE-Ausgaben der Wirtschaft bei gleichzeitig stagnierenden oder bestenfalls moderat steigenden Ausgaben der öffentlichen Hand, hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt. Zwar sind die Forschungsmittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von 2005 bis 2008 um fast ein Viertel auf 11,2 Milliarden Euro gestiegen, doch diese Mittel kommen in erster Linie der außeruniversitären Forschung und damit wiederum den Natur- und Technikwissenschaften zugute. 2007 gaben die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland 8,5 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus. Gut drei Viertel (75,6%) der Mittel flossen in die Naturwissenschaften (4,1 Milliarden Euro) und Ingenieurwissenschaften (2,4 Milliarden Euro).

Aus diesen Zahlen ergibt sich ein erstes Bild der Lage der Forschung in Deutschland: diese Forschung ist vor allem angewandte, von der Industrie finanzierte Forschung - und zum größten Teil - Entwicklung, über die ich im Folgenden nur mit Blick auf die verschiedenen Schnittstellen zwischen öffentlich und privat finanzierter Forschung etwas sagen werde. An den vom Staat im Vergleich zu den Universitäten finanziell großzügiger ausgestatteten außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird in erster Linie natur- und ingenieurwissenschaftliche Forschung betrieben. Die Universitäten - und mit ihnen die geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Forschung - bilden das Schlusslicht dieses kleinen „Forschungsrankings“.

Das Stichwort „Ranking“ bringt uns zu einem weiteren „Indikator“ für die Lage der Forschung in Deutschland. Im Unterschied zum amerikanischen Hochschulsystem, in dem seit jeher große Leistungsunterschiede zwischen den verschiedenen Institutionen bestehen und bereits seit Jahrzehnten breitgefächerte Rankings und Ratings gang und gäbe waren, sind im deutschen Kontext Leistungsvergleiche und daraus resultierende Ranglisten noch ein relativ junges Phänomen. Umso größer war das Erstaunen, als im Verlauf der 1990er Jahre immer mehr Vergleichsstudien auf den Markt kamen, die auch innerhalb Deutschlands erhebliche Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Universitäten offenbarten. Zwar entbrannte allenthalben eine heftige Debatte um die verwendeten Methoden, Kriterien und Verfahren, die vielfach als nicht sachgerecht zurückgewiesen wurden. Es zeigte sich jedoch bald, dass auch eine Veränderung der verwendeten Parameter keineswegs eine völlige Umstülpung

der Verhältnisse nach sich zöge, sondern allenfalls im Mittelfeld größere Verschiebungen verursachte. Diese änderten jedoch nichts daran, dass zunehmend deutlicher wurde, wie sehr auch das vordergründig auf homogene Strukturen und zumindest annähernd gleiche Ausbildungsverhältnisse zielende deutsche Hochschulsystem sich so ausdifferenziert hatte, dass – vor allem nach Fächergruppen - starke Leistungsunterschiede das Bild prägten und zugleich die langgehegte Fiktion von der prinzipiellen Gleichheit aller Bildungsangebote und Forschungsmöglichkeiten sowie der sie tragenden Institutionen in Deutschland zerstörten.

Heute sind es vor allem zwei internationale Leistungsvergleiche, die die Debatten bestimmen: das Shanghai-Ranking, genauer: das Shanghai-Jiao Tong University Academic Ranking of World Universities, und das seit 2004 vom *Times Higher Education Supplement* (THES) jährlich erstellte Ranking von Hochschulen unterschiedlicher Prägung. In beiden Fällen dominieren forschungsbezogene, vor allem auf naturwissenschaftlicher Praxis beruhende Indikatoren. Im THES-Ranking werden jedoch noch zusätzlich Einschätzungen von ausgewählten Experten – im Sinne von Reputationsbefragungen – hinzugezogen. Die gerade in vielen deutschen Universitäten breit aufgefächerten Geistes- und Gesellschaftswissenschaften spielen im Indikatorengefüge beider Rankings so gut wie keine Rolle.

Nach den Namen deutscher Universitäten sucht man auf den vorderen Listenplätzen der beiden internationalen Hochschulrankings vergeblich. Die Spitzenplätze machen die angelsächsischen – allen voran die US-amerikanischen – Hochschulen unter sich aus. Die Tatsache, dass sich zwar eine beachtliche Anzahl deutscher Hochschulen (immerhin 40/43 von 88 Universitäten mit Promotionsrecht) unter den TOP 500 dieser Bestenlisten befindet, nicht jedoch die vordersten Plätze belegt, spiegelt den hochschulpolitischen Weg wider, den die Bundesrepublik seit den 1960er Jahren eingeschlagen hat: die fachlich und regional breit gestreute Förderung vieler Hochschulen mit hohem Qualitätsanspruch und sehr guten Studienangeboten, aber eben nicht die Förderung von Spitzenhochschulen im Weltmaßstab.

Diese Förderung in der Breite ist zudem schon seit Jahrzehnten keine nachhaltige oder gar zuverlässige Förderung mehr gewesen. Bei all den nationalen und internationalen Leistungsvergleichen ist nicht zu übersehen, dass eines der Kernprobleme

des deutschen Hochschulwesens die Unterfinanzierung bleibt. Bedenkt man die schlechten finanziellen Rahmenbedingungen, so ist es ein erstaunliches Phänomen, was in den deutschen Hochschulen geleistet wird und welche Qualität mit ihren Absolventen ebenso wie in der Forschung erreicht wird. Vor allem die Universitäten sind finanziell eindeutig schlechter gestellt als ihre ausländischen Konkurrenten in den OECD-Staaten. Seit Mitte der 1970er wurden die neu geschaffenen Kapazitäten nicht mehr hinreichend finanziell unterstützt. So ist über die Zeitspanne von 1972 bis 2004 die Studierendenzahl um fast das Dreifache, die Professorenzahl dagegen nur um das 1,8-fache gestiegen. Es werden ferner z. B. jährlich 1,8 Milliarden Euro für alle öffentlich finanzierten Hochschulen in Niedersachsen mit etwa 170.000 Studierenden bereitgestellt. Die Universität Stanford hat im Vergleich dazu bei 17.000 Studierenden einen Jahresetat von etwa 2,3 Milliarden Euro. Die relationalen finanziellen Ausstattungsunterschiede (also die Mittel pro Studierenden, pro Professor und auch die Betreuungsrelationen etc.) zwischen einer der bestausgestatteten technischen Universitäten, der TU München, und der ETH Zürich belaufen sich auf den Faktor 3, zwischen der TU München und dem MIT sogar auf den Faktor 10.

Zudem befanden sich die deutschen Universitäten seit Mitte der 1990er Jahre in einer Einsparspirale: Sobald sie die zum Teil erheblichen Kürzungsaufgaben erfüllt hatten, wurden erneut Mittelstreichungen vorgenommen. Dabei ist die Zahl der Studierenden seit 1975 stark angewachsen und wird vor allem im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Trotz dieses Anstiegs führt bereits heute Deutschlands Rückstand in der Hochschulausbildung zu einem strukturellen Mangel an Hochqualifizierten. Denn während die Bundesrepublik in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Studierenden um 5 Prozent steigern konnte, legten die 29 anderen der wichtigsten Industrienationen im Schnitt um 41 Prozent zu. Deutschland fällt damit nach dem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im weltweiten Vergleich vom 10. auf den 22. Rang zurück (OECD 2007). Nach dem OECD-Bildungsbericht 2008 ist Deutschland bei den Studienanfängern sogar auf Platz 25 zurückgefallen. Die wirtschaftlich stärkste, für ihre innovativen und qualitativ hochwertigen Produkte am meisten geschätzte Exportnation der Welt landet also mit ihren vollkommen unzureichenden Hochschulbildungsangeboten und katastrophalen Betreuungsrelationen (67 Studierende pro Professor im Durchschnitt aller Fächer) nur auf den hinteren Plätzen.

So viel zu Zahlen, Daten und Fakten. Die Hochschulen in Deutschland sind unterfinanziert und stehen doch zugleich vor einer doppelten Herausforderung. Wenn man angewandte Forschung und Grundlagenforschung zusammenbetrachtet, liegt zwar der Schwerpunkt der Forschung in Deutschland in der Industrie, doch die Universitäten sind und bleiben wie schon so oft beschworen die entscheidende Schaltstelle der Forschung. An ihnen wird nicht nur die für den wissenschaftlichen Fortschritt so zentrale Grundlagenforschung betrieben. Sie sind auch die bedeutendsten Ausbildungsstätten für die Forscherinnen und Forscher sowie nahezu alle Führungskräfte der kommenden Generation und damit der wichtigsten Zukunftsträger unserer Gesellschaft. In dieser, dem Gemeinwohl verpflichteten Funktion (und eben nicht in der Zahl der Publikationen, Preise und Patente etc.) liegt auch der wichtigste Grund dafür, die Universitäten mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Die erfolgreichste Form des Wissenstransfers sind immer noch die Ausbildung und der kontinuierliche Zufluss von hervorragend qualifizierten Nachwuchskräften, die leitende Funktionen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen können. Sie wird gerade im Übergang zur digital vernetzten Wissensgesellschaft immer wichtiger.

II. Alte Probleme und neue Herausforderungen für Universitäten

Spätestens seit den 1990er Jahren ist erkennbar gewesen, dass das bisherige ökonomische Paradigma immer mehr durch ein neues, wissensbasiertes abgelöst wird. Die künftigen Wachstumschancen sowie die soziale Sicherung der Gesellschaft beruhen in immer höherem Maße auf einer innovations- und wissensbasierten Ökonomie. Der soziale und ökonomische Wohlstand einer Gesellschaft hängt heute bereits mehr denn je von der Leistungskraft der kreativsten Forscherinnen und Forscher – insgesamt der „creative class“ – ab. Ihre neuen Ideen und Erkenntnisse bilden die Grundlage für eine Informations- und Wertschöpfungskette, an deren Ende Neuerungen stehen, die einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil im globalen Markt verschaffen oder bisweilen auch unser bisheriges Weltbild einer grundlegenden Revision unterziehen und damit zugleich die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften in ihrer Deutungskompetenz herausfordern. Um nicht den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren, brauchen Deutschland und Europa erstklassige Bedingungen für Forschung und Lehre sowie für Innovation. Um diese Bedingungen zu schaffen, bedarf es nicht nur höherer finanzieller Zuwendungen, sondern auch struktureller Reformen,

womit wir beim Stichwort – oder sollte ich lieber sagen „Reizwort“ – Bologna-Prozess sind.

Seit der Initiierung dieses Prozesses vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine grundlegende Reform in der deutschen Bildungslandschaft umgesetzt oder zumindest verkündet wird. Die Universität ist derzeit vermutlich die größte Reformwerkstatt der Republik. Sie übt gewissermaßen den Reifenwechsel bei voller Fahrt, also mit hohem Unfallrisiko. Dies ist jedoch kaum zu vermeiden, da der Bedarf an akademisch ausgebildeten Fach- und Führungskräften innerhalb und außerhalb der Forschung größer ist denn je; und die Hochschulen haben schließlich die Aufgabe, diesen Bedarf zu decken.

Die Rahmenbedingungen dafür sind an den deutschen Universitäten jedoch alles andere als optimal: die Zahl der Studierenden wächst nicht proportional zur Zahl der Professuren und zu den Ausgaben der öffentlichen Hand für die Hochschulen, die Kapazitätsverordnung hindert die Universitäten an der so notwendigen Verbesserung der Betreuungsrelationen und die mit der Bologna-Reform einhergehende Umstrukturierung der Studiengänge stellt für die Hochschulen nach wie vor eine große konzeptionelle und unterrichtspraktische Herausforderung dar. Dieser Herausforderung müssen sich die Hochschulen verstärkt stellen. So mancher neu eingeführte Bachelor- und Masterstudiengang erweckt den Eindruck, als handle es sich hier um alten, korkigen Wein in neuen, oft recht undichten Diplom-Schläuchen. Die Chance, die Umstrukturierung der Studiengänge zu einem intensiven Nachdenken über Lerninhalte und -ziele zu nutzen, wurde und wird leider nicht an allen Hochschulen im notwendigen Maße ergriffen. Oft wird darüber geklagt, dass durch den Bologna-Prozess die Mobilität der Studierenden nicht wie geplant erleichtert, sondern erschwert worden sei. Dass diese Erschwernis jedoch nicht durch den Prozess selbst, sondern durch seine auf Spezialisierung statt auf Standardisierung zielende Umsetzung bedingt ist, wird dabei meist verschwiegen. In der jetzigen Phase des Bologna-Prozesses ist es meines Erachtens entscheidend, dass die Hochschulen ihre Reformanstrengungen nicht einstellen, sondern die Stärken und Schwächen neuer Studiengänge genau unter die Lupe nehmen und auch vor einer Reform der Reform nicht zurückschrecken.

Neben einer für das jeweilige Selbstverständnis unverzichtbaren Forschungsprofilierung muss sich jede Universität intensiv mit der Frage auseinandersetzen, zu welchem Zweck und mit welchem Ziel sie auf der jeweiligen Qualifikationsstufe ihre Studierenden ausbilden will. Dabei muss zugleich deutlich werden, dass sie die Studierenden nicht als „Kunden“ oder gar als „Konsumenten“ begreift, sondern sie als „Mit-Produzenten“ ihres eigenen Erkenntnisfortschritts ernst nimmt. Nach der gemeinhin nur formal vollzogenen Umstellung der Studiengänge auf die Bachelor-/Master-/PhD-Struktur steht nun für die zweite Phase des Bologna-Prozesses eine grundlegende Curriculum-Reform an. Dabei ist im globalen Wettbewerb um die innovativsten Köpfe die Universität als Institution gefordert. Ihr Selbstbild muss sich wandeln von dem einer „Zentralbank des Wissens“ hin zu einem Selbstverständnis als autonome, eigenverantwortliche Einrichtung, in der an internationalen Qualitätsmaßstäben orientiertes Wissens- und Wissenschaftsmanagement betrieben wird. Dies kann nur gelingen, wenn sich in einer Welt immer rascheren Wandels die Universitäten auch als Institutionen weiterentwickeln. Dabei müssen sie dem schwierigen Anspruch gerecht werden, hoch spezialisierte, international führende Forschung zu ermöglichen und zugleich die Studierenden mit dem notwendigen Überblickswissen sowie einer historisch und interkulturell fundierten Urteils- und Handlungskompetenz zu versehen, um die Welt von morgen zugleich verantwortungs- und phantasievoll mitgestalten zu können.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheint es unumgänglich, sowohl die Anforderungen an Curricula für die künftigen Führungskräfte in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft als auch die Erfolgsvoraussetzungen für das Erzielen herausragender Forschungsergebnisse genauer zu analysieren, in ihren Konsequenzen zu durchdenken und die entsprechenden Inhalte, Strukturen und Prozesse neu zu konfigurieren. Die Hochschulen und die an ihnen tätigen Professorinnen und Professoren haben – man kann es nicht häufig genug betonen – eine doppelte, gleichermaßen wichtige Aufgabe: Forschung und Lehre – die Ermittlung und Vermittlung von neuem Wissen. Stiftungen, wie etwa die Stiftung Mercator und die VolkswagenStiftung, aber auch der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, stehen bereit, um in der zweiten Phase des Bolognaprozesses weitere Chancen für exemplarisches Gelingen zu eröffnen.

III. Neue Wettbewerbsarenen und ihre Folgen

Nicht nur mit dem Bologna-Prozess, auch mit der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen hat eine neue Zeitrechnung im deutschen Universitätssystem begonnen. Die Exzellenzinitiative war das Ergebnis langjähriger Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. An ihrem Zustandekommen war ich selbst intensiv beteiligt, nicht zuletzt mit den „Eckpunkten eines zukunftsfähigen deutschen Wissenschaftssystems. Zwölf Empfehlungen“ (Hannover 2005). Wie seinerzeit erhofft, hat der dreistufige Wettbewerb um Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte mit einem Gesamtvolumen von 1,9 Milliarden Euro zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung in vielerlei Hinsicht für Furore gesorgt.

Angesichts der bereits erwähnten Größenordnungsunterschiede in der Finanzausstattung und der Kapazitätsengpässe war von vornherein klar, dass die Exzellenzinitiative nicht geeignet sein würde, mit den bereitgestellten Summen die deutschen Universitäten in den Olymp der internationalen Spitzeneinrichtungen zu katapultieren. Immerhin ist es jedoch gelungen, Leistungsspitzen in den Hochschulen sichtbar zu machen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems zu steigern und nicht zuletzt eine Fülle von Reformen – vor allem in der Graduiertenausbildung zu initiieren. Die mit zusätzlichem Geld und zu erwartendem Prestigegewinn stimulierten Antragsprozesse haben in einer Weise Reformkräfte freigesetzt, wie dies von Kennern der deutschen Hochschulszene kaum noch für möglich gehalten wurde.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Wissenschaftsrat haben mittlerweile eine erste Zwischenbilanz gezogen. Dabei wird deutlich, dass man die Karrierechancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und auch das beabsichtigte Zurückholen von Spitzenforscherinnen und -forschern aus dem Ausland durch die Exzellenzinitiative deutlich befördern konnte. Auch gelingt es häufiger, im Wettbewerb mit ausländischen Spitzenhochschulen die eine oder andere Professur gegen starke Konkurrenz zu besetzen oder Personen in Deutschland zu halten, die hochdotierte Angebote von amerikanischen Spitzenuniversitäten bekommen haben. Ganz wichtig scheint mir dabei, dass die seinerzeit in den „Eckpunkten für ein zukunftsfähiges Hochschulsys-

tem“ erarbeiteten „Zwölf Empfehlungen“ nicht nur ein Szenario der stärkeren Verbindung von außeruniversitärer Forschung und Hochschulen entworfen haben, sondern mittlerweile die beteiligten Akteure es auch tatkräftig umzusetzen beginnen. Damit ergeben sich zugleich ganz neue Möglichkeiten der gemeinsamen Berufungsplanung und der gegenseitigen Beteiligung von Universität und außeruniversitären Instituten an der langfristigen Forschungsplanung. Wenn man bedenkt, dass die Systemevaluation von DFG und MPG (in der dieser Aspekt ebenfalls stark betont wurde) erst zehn Jahre zurückliegt, dann heißt das, dass wir sowohl eine erfolgreiche Vertrauensbildung als auch einen neuen Prozess des Zusammenwirkens im Sinne eines klaren Profilierens der jeweiligen Standorte und Regionen erreicht haben, wie wir ihn vor ein paar Jahren noch nicht kannten. Modelle für das Zusammenführen von Helmholtz-Zentren und Universitäten wie KIT und JARA, aber auch die Verknüpfung von gleich fünf Max-Planck-Instituten, einem Leibniz-Institut und einem Teilinstitut der Helmholtz-Gemeinschaft mit der Georg-August-Universität im Göttingen Research Council erscheinen vielversprechend mit Blick auf eine gesteigerte Attraktivität des deutschen Wissenschaftssystems im globalen Wettbewerb. Es bleibt freilich abzuwarten, inwieweit die damit verbundenen Ansprüche und Hoffnungen tatsächlich eingelöst werden können. Der Streit um Kompetenzen und Einflussfelder scheint jedenfalls noch längst nicht beigelegt.

Die Umsetzung grundlegender Reformschritte in neue Entscheidungsstrukturen und –prozesse sowie vor allem in gelebte Forschungspraxis braucht mehr Zeit, als sie die Fünfjahresförderung vorsieht. Aus meiner Sicht ist es daher unverzichtbar, dass die Exzellenzinitiative 2011/12 fortgesetzt wird. Alles andere würde gerade auch mit Blick auf unsere Wahrnehmung im Ausland eine desaströse Wirkung haben. Insbesondere dort würde man sich fragen, was in die Deutschen gefahren ist, wenn sie dieses Vorhaben nach nur vier bis fünf Jahren abbrechen, vor allem angesichts der Tatsache, dass gleich mehrere andere europäische Länder Elemente der deutschen Exzellenzinitiative auf ihre eigene Situation zu übertragen beginnen (vgl. dazu etwa den geplanten Cluster-Wettbewerb in Österreich). Es erscheint mir ganz wichtig, dass die Exzellenzinitiative ein offenes, atmendes System wird, und es nicht etwa gesetzte Plätze gibt, wie dies von einigen Universitäten gern gesehen würde. Es wird etwa in der Größenordnung von ca. 20 % Auf- und Absteiger geben müssen. Dies impliziert zugleich, dass das Gesamtvolumen der nächsten Runde der Exzellenzinitiative zu-

mindest bei 2,5 Milliarden Euro liegen muss, um etwa drei bis vier Zukunftskonzepte und jeweils acht bis zehn Graduiertenschulen und Exzellenzcluster neu in die Förderung aufnehmen zu können. Damit bliebe die Luft nach oben für Newcomer zwar dünn, aber es gäbe reelle Aufstiegschancen für die Besten unter den Verlierern der ersten Runde. Wenn das nicht der Fall wäre, bekämen wir sicherlich Probleme mit der Glaubwürdigkeit und Fairness eines solchen Wettbewerbs.

Wer sich von der Lage der Forschung in Deutschland ein Bild machen möchte, wird stets auch über den nationalen Tellerrand blicken; denn die deutschen Universitäten müssen sich schließlich nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Wettbewerb bewähren. Als Drittmittelgeber für deutsche Universitäten spielt insbesondere die EU eine zunehmend große Rolle. Das Budget des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (7. FRP) liegt bei 54,4 Milliarden €, und damit jährlich um 40% höher als das des Vorgängerprogramms. Offensichtlich möchte die EU mit der Förderung des europäischen Forschungsraums endlich ernst machen.

Wenn wir diesen Forschungsraum im weltweiten Vergleich betrachten, dann gibt es zunächst einmal eine ganze Reihe von positiven Nachrichten: Europa ist bei weitem der größte Wissenschaftsraum der Erde. Die meisten Akademiker und auch Doktoranden weltweit werden in Europa ausgebildet. Die Zahl der Promotionen an europäischen Universitäten liegt fast doppelt so hoch wie in den USA. Auch die meisten wissenschaftlichen Publikationen stammen aus Europa.

Blickt man jedoch auf den Anteil an meistzitierten Publikationen und erst recht auf den Anteil Europas an herausragenden Wissenschaftspreisen, so zeigen sich erhebliche Schwächen: In Europa gelingen letztlich zu wenig grundlegende wissenschaftliche Durchbrüche. In den letzten Jahrzehnten sind Nobelpreise in ungleich höherer Zahl an Wissenschaftler in den USA gegangen (so sehr wir uns auch über gleich drei Nobelpreise für deutsche Wissenschaftler in den letzten beiden Jahren gefreut haben). Die Vermarktung von Basisinnovationen ist ebenfalls vergleichsweise schwach entwickelt. Ziel europäischer und deutscher Wissenschaftler und Wissenschaftsförderer muss daher sein, mehr Exzellenz und Innovation durch das in Forschung investierte Geld hervorzubringen. Dass dies insbesondere in Deutschland bislang nicht

in ausreichender Weise gelingt, zeigen auch die Ergebnisse der ersten Ausschreibungsrunde des Europäischen Forschungsrates (ERC).

Die organisatorische Einrichtung und finanzielle Ausstattung des ERC als Teil des Programms *Ideen* im 7. Rahmenprogramm war ein wichtiger Schritt in Richtung eines gemeinsamen Europäischen Forschungsraums. Der Forschungsrat fördert ohne thematische Einschränkung Pionierforschung, d. h. Grundlagenforschung an den Grenzen des Wissens. Jenseits der EU-üblichen Proporzansprüche ist die Qualität der beantragten Projekte und der sie ausführenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das einzige Auswahlkriterium für eine Förderung durch den Europäischen Forschungsrat. Dessen Generalsekretär, der ehemalige DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker, sagte in einem Interview mit dem Tagesspiegel (27.02.2007): *„Der Forschungsrat ist paneuropäisch, er muss keine Rücksicht auf einzelne Mitgliedsstaaten nehmen. Unsere Gutachter kommen aus ganz Europa und der ganzen Welt.“*

Mit seinen beiden Förderlinien Starting Independent Researcher Grant und Advanced Investigator Grant setzt der Europäische Forschungsrat auf die Förderung brillanter Wissenschaftler/-innen und ihrer Teams. Während die Advanced Investigator Grants an erfahrene, exzellente Forschende vergeben werden, die in ihrem Forschungsfeld bereits etabliert sind, richten sich die Starting Independent Researcher Grants gezielt an Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ab drei und bis zu acht Jahre nach der Promotion. Ziel dieses Förderprogramms ist es, eine Struktur für den Übergang zu einem selbstständig geleiteten, exzellenten Forschungsteam aufzubauen und die Kreativität junger, viel versprechender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu fördern sowie neue Ideen in der Forschung zu unterstützen.

Jährlich werden ca. 300 Starting Grants mit einer Laufzeit von je bis zu 5 Jahren und einem Budget von 100.000 bis 400.000 € jährlich vergeben. In der ersten Ausschreibungsrunde wurden 8794 Skizzen eingereicht, von denen ca. 6% zu einer Antragstellung aufgefordert wurden. Von den eingereichten 559 Anträgen wurden 300 bewilligt. Auf den ersten Blick haben deutsche Bewerberinnen und Bewerber bei dieser ersten Auswahlrunde gut abgeschnitten, stammten doch die meisten erfolgreichen Anträge

von deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Allerdings forschen viele von ihnen im Ausland. Berücksichtigt man zudem das Verhältnis der Zahl der erfolgreichen deutschen Bewerbungen zur Bevölkerungszahl, zum Anteil der Wissenschaftler/-innen an der Gesamtbevölkerung und zu den für Wissenschaft aufgewendeten Mitteln, so findet sich Deutschland auf den hinteren Plätzen der europäischen Wissenschafts-„Champions League“. Das Fazit der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ nach der ersten Ausschreibungsrunde lautete daher: *„Für das investierte Geld produzieren die deutschen Wissenschaftseinrichtungen – und das heißt vor allem die Universitäten – viel Breite, aber wenig Spitze.“* (DIE ZEIT 06/2008)

Dieses Ergebnis entspricht dem der erwähnten internationalen Hochschulrankings und spiegelt ebenso wie diese den hochschulpolitischen Weg der Bundesrepublik wider: die breit gestreute Förderung vieler Hochschulen, die sich allesamt als Forschungsuniversitäten verstehen, nicht jedoch die Förderung von Spitzenuniversitäten im Weltmaßstab. Dieser Ansatz hat seine Vorzüge, doch um im internationalen Wettbewerb zu bestehen muss neben die Förderung aller Hochschulen auch die besondere Förderung von exzellenten Universitäten und Forschungsinstituten treten. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind im Moment weder für Breiten- noch für Exzellenzförderung optimal und sie werden sich in Zeiten von Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise vermutlich auch kaum verbessern. Doch auch unter diesen Bedingungen sind institutionelle und strukturelle Veränderungen möglich, die der deutschen Forschungslandschaft neuen Schwung und Auftrieb geben. Dazu benötigen wir freilich mehr privates Engagement und eine alle Bereiche durchdringende Kultur der Kreativität.

IV. Sichtbarkeit – Attraktivität – Kreativität

Über den Weg zu neuen Erkenntnissen schrieb Ludwig Wittgenstein: *„Wir wissen bisweilen nicht, was wir suchen, bis wir es schließlich gefunden haben.“* Ein neuer Einfall, eine Erkenntnis oder eine Erfindung beginnen oftmals damit, dass wir die Dinge anders sehen. So als würden sie plötzlich in neuem Lichte erscheinen oder gewissermaßen mit fremden Augen wahrgenommen. Der Nobelpreisträger Richard Feynman etwa beschreibt diesen Moment, der ihn – in der Cafeteria der Cornell University sitzend – aus einer langen Phase der Stagnation herausführte und schließlich

zu einer Neudefinition grundlegender physikalischer Gesetze veranlasste, als einen intellektuellen Glücksfall. Indem er zwei Studenten beobachtete, die sich die beschrifteten Wappenteller wie Frisbyscheiben zuwarfen, kam ihm eine neue Idee, wie er die bis dahin getrennten Felder der Elektrodynamik und der Quantenmechanik miteinander verknüpfen könnte. Die aus der spielerischen Beobachtung resultierende Inspiration bedeutete für Feynman den Durchbruch zu einem neuen Denken, das sich anschließend – wie er selbst schreibt – beinahe wie von selbst zu einer schlüssigen Theorie der Quantenelektrodynamik zusammenfügte:

“It was effortless. It was easy to play with these things. I almost tried to resist it! There was no importance to what I was doing, but ultimately there was. The diagrams and the whole business that I got the Nobel Prize for came from that piddling around with the wobbling plate.”¹

Nun könnte man aus solch rückblickender Betrachtung leicht den Eindruck bekommen, als sei kreativer Erkenntnisgewinn letztlich zufallsbestimmt – und damit sowohl in seinen persönlichen als auch in den strukturellen Voraussetzungen vollkommen kontingent. Dass dem jedoch nicht so ist, zeigen neuere Studien, in denen der Frage nachgegangen wird, warum unter bestimmten Umfeldbedingungen weitaus mehr bahnbrechende Erkenntnisse gewonnen werden als in anderen institutionellen Kontexten.

Der amerikanische Wissenschaftsforscher Rogers Hollingsworth hat beispielsweise untersucht, warum an mittelgroßen Forschungsuniversitäten sehr viel mehr biomedizinische Durchbrüche erzielt werden als an zahlenmäßig und finanziell sehr viel gewichtigeren Einrichtungen. Er kommt zu dem Schluss, dass neben einer klaren strategischen Forschungsorientierung und einem insgesamt forschungsfreundlichen Klima vor allem die Balance zwischen einem hinreichenden Maß an disziplinärer Diversität und einem möglichst intensiven Grad an kommunikativer Interaktion gewahrt werden muss.² Ist die Einrichtung zu klein und fachlich zu homogen besetzt, fehlt es an fremddisziplinärem Anregungspotenzial. Wird die Hochschule zu groß und zu heterogen, ergibt sich kaum noch die Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen. Fachli-

¹ Richard Feynman: Surely You're Joking, Mr. Feynman!, New York, 1985, S. 167 f.

² Vgl. J. Rogers Hollingsworth, et. al.: Fostering Scientific Excellence. Organizations, Institutions, and Major Discoveries in Biomedical Science. New York, 2003

che Enge schlägt in Monotonie um; allzu große Breite transformiert ein erwünschtes Maß an Diversität in unproduktive Heterogenität. In beiden Extremfällen erlahmt schließlich die intellektuelle Kreativität und damit auch das Hervorbringen neuen Wissens.

Wie damit schlaglichtartig deutlich wird, bedürfen neue Ideen eines kommunikativ verdichteten Nährbodens, um sich entfalten zu können. Das Beispiel des Nobelpreisträgers Richard Feynman zeigt uns aber auch, dass wirklich bahnbrechende Einsichten häufig nicht ohne „den Gang durch die Leere“ zu haben sind.

Innovations- und Risikobereitschaft gepaart mit dem Mut, unbekanntes Terrain zu erkunden, dem Vertrauen in die jeweiligen Kräfte und Kompetenzen sowie großer Hartnäckigkeit im Verfolgen der einmal gesetzten Erkenntnisziele bilden die wichtigsten Erfolgsvoraussetzungen für das Erreichen von wissenschaftlichen und Durchbrüchen.³ Letztere in noch weitaus höherem Maße zu ermöglichen als bisher stellt die größte Herausforderung für Wissenschaft und Forschung im 21. Jahrhundert dar. Ihr müssen sich sowohl die kreativsten Forscherinnen und Forscher als auch die führenden Köpfe in Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen der Gesellschaft stellen, wollen wir den nachfolgenden Generationen nicht einen Scherbenhaufen zertrümmerter Hoffnungen und Versprechen hinterlassen.

Für das Feld der Kreativität fördernden und Durchbrüche begünstigenden Forschungsstrukturen liegen bislang erst wenige, eher bruchstückhafte, oft nur einzelne Aspekte beleuchtende Studien vor. Der folgende Versuch einer Systematisierung von Erfolgsvoraussetzungen kann daher nur vorläufigen Charakter haben. Er erscheint jedoch geboten, um die Debatte über die kreative Universität der Zukunft voranzubringen. Um eine inspirierende Atmosphäre zu schaffen, sollten folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Kompetenz und die Freiheit, diese stetig weiterzuentwickeln;
- Mut, nicht nur der jeweiligen Forscherpersönlichkeit, sondern auch seitens der Hochschulleitung, für die getroffenen Entscheidungen geradezustehen;

³ Vgl. dazu Wilhelm Krull: Taking the Initiative: Risks and Opportunities in Research Funding. In: Perspectives of Research. Identification and Implementation of Research Topics by Organizations. Max Planck Forum 7. München 2007. Seite 29-45.

- Innovationsbereitschaft gepaart mit einem hohen Maß an Geduld und Fehler-toleranz;
- Kommunikationsfähigkeit im Sinne umfassender, auch das genaue Hinhören einschließender Interaktivität;
- Vielfalt als Resultat einer behutsam aufgebauten Diversität, ohne in allzu gro-ße Heterogenität zu verfallen (wie in vielen Massenuniversitäten),
- Ausdauer und Entschlossenheit, das gesteckte Ziel zumindest auf lange Sicht auch zu erreichen;
- Offenheit für den glücklichen Einfall (serendipity), die gerade durch ein intel-lektuell herausforderndes Umfeld begünstigt wird und (wie im Falle Feynman) sich planerischen Absichten weitgehend entzieht.

Nun sind institutionelle Rahmenbedingungen und Freiräume für kreatives Forschen nicht ohne weiteres vereinbar. Gerade in Zeiten knapper Ressourcen und erhöhter Rechenschaftspflicht stehen nur allzu oft Erfordernisse der ordnungsgemäßen, von administrativ-organisatorischen Regelungen umstellten Hochschulwelt einer auf das Durchbrechen herkömmlicher Sichtweisen und Regeln zielenden Kreativität diametral entgegen, zumal sich wissenschaftliches Neuland nur selten auf direktem Wege und im vorgesehenen Zeitrahmen erschließt. Trotz gegenläufiger, von kurzatmigen Effizienz-kriterien geprägter Trends lohnt es sich gerade heute, für die Entfaltung einer Kultur der Kreativität zu kämpfen. Wie das Erfolgsbeispiel der Universität Konstanz zeigt, ist es bei Bündelung aller Kräfte unter dem Motto „Towards a Culture of Creati-vity“ auch einer mittelgroßen Forschungsuniversität in Deutschland durchaus mög-lich, sich als international vielbeachtete Institution zu profilieren.

Ihre volle Wirkung kann diese neue Kultur der Kreativität in Deutschland jedoch nur dann entfalten, wenn sie von der universitären und der außeruniversitären Forschung gemeinsam getragen wird. Will man die Lage der Forschung in Deutschland nachhal-tig verbessern, so wird es höchste Zeit, dass Bund und Länder gemeinsam konkrete Schritte unternehmen, um die bisherige institutionelle und finanzielle Trennung von universitärer und außeruniversitärer Forschung zu überwinden. Dabei wäre auch zu überlegen, die derzeit bestehenden Hemmnisse einer Potenzialbündelung, die ins-besondere in den jeweiligen, einseitige Blockaden ermöglichenden Zuständigkeiten von Bund und Ländern, kapazitätsrechtlichen Randbedingungen und komplizierten

Finanzierungsmodalitäten liegen, durch ein kompaktes Forschungsförderungsgesetz zu beseitigen.

Wer die europäische und internationale Wettbewerbsfähigkeit wirksam voranbringen will, der muss bereit sein, den in den letzten Jahren erfreulicherweise vielfach beschrittenen Weg einer engeren Zusammenarbeit bis hin zu strukturell integrierten, gemeinsam von der jeweiligen Hochschule und außeruniversitären Forschungsorganisationen getragenen Arbeitsgruppen, Forschungsstellen, Graduate Schools oder auch ganzen Instituten konsequent weiter zu gehen. Die etwa in der Systemevaluation der deutschen Wissenschaft Ende der 1990er Jahre vielfach beklagte „Versäulung“ ist bereits durch eine Reihe von Maßnahmen wie die Max Planck Research Schools, die virtuellen Institute der Helmholtz Gemeinschaft und eine Ausweitung gemeinsamer Berufungen gemildert worden; eine wirksame Überbrückung, gar ein nachhaltiges Zuschütten der oftmals tiefen Gräben, steht jedoch an vielen Orten noch aus.

Ein umfassendes Miteinander von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird nur zustande kommen, wenn für beide Seiten eine win-win-Situation entsteht. Es ist an der Zeit, die mit einer Bündelung der jeweiligen Potenziale verbundenen Wettbewerbschancen zu erkennen und konstruktiv zu nutzen. Wir sollten des Öfteren den Mut aufbringen, herkömmliche institutionelle Grenzen zu überschreiten. Der Zustrom an herausragend qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs aus dem In- und Ausland in solche international weit ausstrahlenden Einrichtungen der Spitzenforschung nützt uns allen.

V. Perspektiven der Geisteswissenschaften in Zeit und Raum

Damit komme ich zu meinem letzten Teil und – „wie typisch“ wird mancher von Ihnen denken – erst jetzt näher zu den Geisteswissenschaften. Dies hat, wie Sie gleich sehen werden, durchaus seinen Sinn. Wie eingangs erwähnt, sind die Geisteswissenschaften in der außeruniversitären Forschung kaum vertreten. Einige Leibniz-Institute, kaum eine Handvoll Max-Planck-Institute (man müsste schon die rechtswissenschaftlichen Einrichtungen dazu addieren, um auf mehr als zehn unter den insgesamt 85 Max-Planck-Instituten zu kommen), die Deutschen Historischen Institute im

Ausland sowie einige kleinere Zentren und Landeseinrichtungen gibt es zwar außerhalb der Hochschulen. Im Kern sind die Geisteswissenschaften jedoch universitär verankerte Disziplinen. „Das ist auch gut so“, wird mancher von Ihnen – und würde auch ich – sagen, wäre da nicht die sich immer weiter auftuende Schere zwischen dem Finanzierungsaufwuchs für die außeruniversitäre Forschung einerseits und dem real bestenfalls stagnierenden Finanzkorridor der einzelnen Länder für ihre Hochschulen andererseits. Zudem sind die Geisteswissenschaften im inneruniversitären Verteilungskampf um knapper werdende Ressourcen schon im Laufe der 1990er Jahre immer mehr in Bedrängnis geraten. Sie haben in den letzten anderthalb Jahrzehnten eine beträchtliche Anzahl an Professuren nicht wieder besetzen können. Seit 1995 gingen den Geisteswissenschaften mehr als 660 Professuren, also etwa 11,6 %, verloren, während in Mathematik und Naturwissenschaften der Rückgang bei 4,3 % lag. Leidtragende waren dabei weniger die großen Philologien als vielmehr die vielen kleinen Fächer, deren große Bedeutung für unser alle fremdkulturelle Urteilsfähigkeit so manches Rektorat und so manches Wissenschaftsministerium erst entdeckten, als das Kind schon in den Brunnen gefallen und fast niemand mehr da war, um uns z.B. die vielen Gesichter des Islam oder auch des modernen Indien zu erklären. In der global vernetzten Wissensgesellschaft wird immer deutlicher, dass wir für deren humane Gestaltung auf die Geisteswissenschaften und ihre Forschungsergebnisse geradezu angewiesen sind. Das gilt auch und gerade in den auf die gegenwärtige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise folgenden Zeiten hoher Schuldenlasten und bei gleichzeitig steigendem gesellschaftswissenschaftlichem und historisch-philosophischem Reflexionsbedarf somit geringer werdender finanzieller Spielräume.

Viele Geisteswissenschaftler sehen leider den Blick in die Vergangenheit, das verstehende Aneignen, Begreifen und Vermitteln von Traditionszusammenhängen als ihre einzige Aufgabe an. Und sie beschränken damit ihre eigenen Wirkungsmöglichkeiten in einer bereits in Bettina von Arnims „Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“, kritisierten Weise. Dort heißt es: „Die Gelehrsamkeit versteht ja doch nur höchstens, was schon da war, aber nicht das, was da kommen soll.“ Man könnte sogar soweit gehen, dass mit einer solchen Haltung die Geisteswissenschaften selbst das landläufige, des Öfteren auch von naturwissenschaftlicher Seite geäußerte Vorurteil bestätigen, demzufolge sich die Geisteswissenschaften allzu sehr mit „der Asche der Ver-

gangenheit“ befassten, während es doch vor allem darauf ankomme, „das Feuer der Zukunft“ voranzutragen und möglichst naturwissenschaftlich-technische Forschung mit schnell messbaren Ergebnissen zu betreiben. Ich halte dies für einen falschen Gegensatz; denn ein allein aus dem Hier und Jetzt gespeistes „Feuer der Erkenntnis“ dürfte sich nur allzu häufig als ein rasch verglühendes Strohfeuer erweisen.

Man muss deshalb noch kein Freund von Odo Marquards Aufforderung an die Geisteswissenschaften sein, ihre „Unvermeidlichkeit“ durch die „Kompensation von Modernisierungsschäden“ der Natur- und Technikwissenschaften unter Beweis zu stellen (1985). Einem ebenso erinnerungs- wie hemmungslosen Fortschrittsglauben können wir jedoch nur erfolgreich entgegenwirken, wenn wir bereit sind, immer wieder neue Sichtachsen zu schaffen sowie über Zeiten und Grenzen hinweg zu lernen und zwar in der Überzeugung, dass gerade das Vergangene im Gegenwärtigen präsent sein muss, wenn wir auf verantwortungsvolle Weise die Zukunft gestalten wollen. Neben ihrer geradezu klassischen Funktion der Memoria, des kulturellen Gedächtnisses, nämlich unser kulturelles Erbe zu erschließen, zu bewahren und immer wieder neu zu vermitteln, sehe ich die vielleicht wichtigste Funktion der Geisteswissenschaften heute darin, durch vorbeugendes Nachdenken dazu beizutragen, unser Reflexionspotenzial zu erhöhen und damit letztlich auch unsere Handlungsoptionen für die Zukunft klarer herauszuarbeiten.

Gerade in einer Zeit großer Verunsicherung ist vorbeugendes Nachdenken mehr denn je eine unverzichtbare Aufgabe der Geisteswissenschaften. Deshalb zielen insbesondere Stiftungen wie die VolkswagenStiftung mit ihrer Initiative zu den „Schlüsselthemen der Geisteswissenschaften“ und auch - gemeinsam mit der Thyssen Stiftung – in „Pro-Geisteswissenschaften“ darauf ab, Vorhaben zu fördern, die die Geisteswissenschaften wieder stärker in den Kontext öffentlich diskutierter Probleme und Fragestellungen einbinden, im Falle der „Schlüsselthemen“ sogar nach Möglichkeit unter Einschluss naturwissenschaftlicher Expertinnen und Experten. Dabei kann es nicht darum gehen, die Schäden und Schwächen der anderen Seite zu kompensieren, sondern gemeinsam die Probleme zu analysieren, zu interpretieren und neue Erkenntnisse zu gewinnen, im besten Fall sogar gemeinsam Lösungen anzubieten.

VI. Ein Blick zurück nach vorn

Wie ich versucht habe deutlich zu machen, müssen wir auf allen Ebenen Anstrengungen unternehmen, um qua Hochschulpakt 2020, Exzellenzinitiative, Umsetzung des Zehnprozent-Ziels des Bildungsgipfels und weiterer Maßnahmenpakete zumindest ausgewählte Universitäten in die Lage zu versetzen, sich als international führend anerkannte Stätten der Forschung zu behaupten. Die einzelne Universität wird sich dabei durch folgende Charakteristika auszeichnen müssen:

- ein klares Lehr- und Forschungsprofil sowie ein gemeinsames Verständnis möglichst aller Mitglieder von den Zielen und Aufgaben der jeweiligen Institution;
- eine hohe Attraktivität für die besten Studierenden und – auch wenn das zur Zeit eher utopisch erscheint angesichts des doppelten Abiturjahrgangs – das Recht, sich die Studierenden selbst auswählen zu können;
- eine proaktiv gestaltete und sich durch ein hohes Maß an Qualitätssicherung auszeichnende Berufungspolitik, die Wert darauf legt, Persönlichkeiten zu identifizieren und zu rekrutieren, die sowohl als Forschende wie auch als Lehrende überzeugen;
- international attraktive Studienangebote und Curricula, die den Herausforderungen, denen sich die künftigen Führungskräfte in der digital vernetzten Wissensgesellschaft ausgesetzt sehen, gerecht werden, indem sie eine neue Balance zwischen dem notwendigen Maß an forschungsbasierter Spezialisierung und dem ebenso unverzichtbaren Gewinnen von Überblickskompetenz und Urteilsfähigkeit zu schaffen versuchen;
- finanzielle Ressourcen aus öffentlichen und privaten Quellen, die von der infrastrukturellen Ausstattung bis hin zu den Professorengehältern flexible und international konkurrenzfähige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen;
- Organisationsformen, die fächerübergreifende Kooperationen in Forschung und Lehre begünstigen und – nicht zuletzt mit Blick auf die Entfaltungsmöglichkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses - entscheidend dazu beitragen, auf dem Weg zu einer Kultur der Kreativität weiter voranzukommen;
- Partnerschaften, Verbünde und Netzwerke, die sowohl an der Schnittstelle zur Wirtschaft und Gesellschaft als auch im Kontext internationaler Zusammenar-

beit zusätzliche Entwicklungschancen eröffnen, die dann freilich auch mit Leben gefüllt werden müssen (und nicht nur – wie so viele Hochschulkooperationsabkommen – auf dem Papier stehen).

Das deutsche Wissenschaftssystem steht vor großen Herausforderungen. Finanzielle Verbesserungen und Strukturreformen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind überfällig, damit hervorragende Studierende, Nachwuchsforscher, aber auch Professorinnen und Professoren in Deutschland ihre Zukunft sehen, ja, damit Spitzenforschung hier zu Lande eine Zukunft hat. Dabei gilt es, vor allem die Universitäten zu fördern, um so Wissenschaft und Forschung in Deutschland insgesamt stärker zum Leuchten zu bringen – sodass sie auch international noch weiter ausstrahlen können.

Ich habe über vieles gesprochen – und von manchem geschwiegen, so z.B. von der Notwendigkeit, angesichts immer komplexer werdender Forschungs Kooperationen, -verbünde und -netzwerke die Professionalisierung des Wissenschafts- und Forschungsmanagements weiter auszubauen, und vieles andere mehr. Dennoch möchte ich an dieser Stelle meine zwangsläufig fragment bleibenden Ausführungen zur Lage der Forschung in Deutschland beenden. Ich möchte schließlich vermeiden, dass es mir so ergeht wie jenem legendären Vortragsredner, der sprach und sprach, während sich der Saal immer weiter leerte. Schließlich saß nur noch ein Teilnehmer im Raum, den unser Redner am Ende fragte, warum er nicht auch gegangen sei. „Ganz einfach“, antwortete der Mann, „ich bin der nächste Redner.“ Mit weiteren Reden müssen Sie aber erst später wieder rechnen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.